

Freistaat Bayern Rating Report



Credit strengths

- Geringe Verschuldung
- Exzellenter Kapitalmarktzugang
- Hohe Liquiditätsreserven
- Solide Haushaltsführung
- Wohlhabende Volkswirtschaft
- Stark integrierter institutioneller Rahmen

Credit weaknesses

- Geringe Einnahmenflexibilität
- Hohe Pensionsverbindlichkeiten
- Substantielle Eventualverbindlichkeiten

Ratings & Outlook

Foreign and local currency

Long-term issuer rating AAA/Stable
Senior unsecured debt AAA/Stable
Short-term issuer rating S-1+/Stable

Lead analyst

Eiko Sievert
+49 696677 38979
e.sievert@scoperatings.com

Team leader

Dr Giacomo Barisone
+49 69 6677389 22
g.barisone@scoperatings.com

Issuer page

Scope Ratings GmbH

Neue Mainzer Straße 66-68
60311 Frankfurt am Main
Phone +49 69 6677389 0

Headquarters

Lennéstraße 5
10785 Berlin
Phone +49 30 27891 0
Fax +49 30 27891 100

info@scoperatings.com
www.scoperatings.com



Bloomberg: RESP SCOP

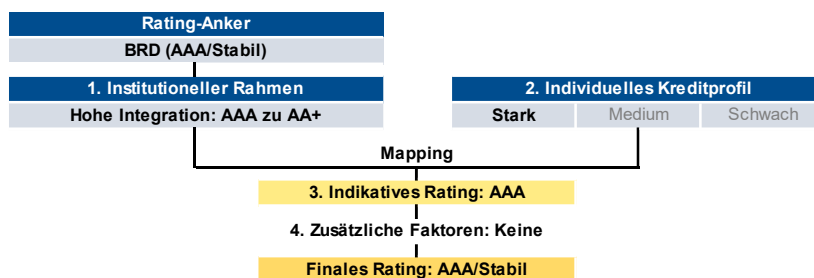
Rating rationale and Outlook:

Das AAA-Rating basiert auf folgenden Faktoren:

- Einem hoch integrierten institutionellen Rahmen, der durch ein sehr starkes Solidaritätsprinzip geprägt ist. Dadurch wird eine enge Anlehnung der Kreditwürdigkeit der Länder an das AAA/Stabil-Rating des Bundes erreicht.
- Einem starken individuellen Kreditprofil Bayerns, das durch eine geringe Verschuldung, exzellenten Kapitalmarktzugang, hohe Liquiditätsreserven, solide Haushaltsführung und eine wohlhabende regionale Wirtschaft gekennzeichnet ist. Zudem haben finanziellen Hilfspakete des Bundes dazu beigetragen, negative Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf Wirtschaft und Finanzen Bayerns zu reduzieren. Seit der Invasion Russlands in die Ukraine hat die Bundesregierung auch Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen des Krieges auf die deutsche Wirtschaft und die Länderhaushalte zu begrenzen.

Trotz dieser unterstützenden Faktoren gibt es auch Herausforderungen, wie die geringe Einnahmenflexibilität, hohe Pensionsverpflichtungen, sowie beträchtliche, aber überschaubare Eventualverbindlichkeiten. Der stabile Ausblick spiegelt unsere Einschätzung wider, dass die Risiken für Bayern weiterhin ausgewogen sind.

Abbildung 1: Unser Rating-Ansatz für den Freistaat Bayern



Für weitere Details siehe Scopes [Sub-sovereigns Rating Methodology](#)

Quelle: Scope Ratings

Positive rating-change drivers

- Nicht anwendbar

Negative rating-change drivers

- Herabstufung des deutschen Länderratings, was eine Überprüfung des Ratings erforderlich macht
- Änderungen der Rahmenbedingungen, die zu einer deutlichen Schwächung des Kreditprofils führen
- Erhebliche und strukturelle Verschlechterung des Kreditprofils

Hohe Integration führt zu
weitgehender Angleichung der
Kreditwürdigkeit

Institutioneller Rahmen

Der Freistaat Bayern ist wie alle Bundesländer in ein etabliertes, vorausschauendes und stark integrierendes institutionelles Rahmenwerk eingebunden. Die Integration zeigt sich insbesondere in folgenden Aspekten: i) einem umfassenden bundesstaatlichen Finanzausgleich; ii) strengen Fiskalregeln; iii) weitreichenden Mitwirkungs- und Vetorechten der Länder in der Bundesgesetzgebung, insbesondere der Steuergesetzgebung; iv) gleichberechtigter Mitwirkung bei der Neuordnung föderaler Beziehungen; und v) einem Solidarprinzip, das neben dem Finanzausgleich weitere Hilfen bei extremen Haushaltsnotlagen vorsieht.

Wir betrachten die föderale Struktur der Bundesrepublik als das am stärksten integrierte Föderalsystem in Europa. Dies ergibt sich aus unseren Bewertungen der "vollständigen Integration" für außerordentliche Unterstützung und Bailout-praktiken, ordentliche Haushaltsunterstützung und einem fiskalischen Ausgleich, einem hohen Grad fiskalischer Verkettung mit Fiskalregeln und Aufsicht, einer starken Einnahme- und Ausgabenautonomie sowie einer politischen Kohärenz und Regierungsführung. Die Finanzierungspraktiken bewerten wir als mittelmäßig integriert.

Die Bewertung des institutionellen Rahmens führt zu einer Abweichung des indikativen Ratings für Bundesländer von der Bundesregierung von maximal einer Stufe. Eine Zusammenfassung unserer Rahmenbewertung finden Sie im Anhang [Appendix I](#).

Außerordentliche Unterstützung und Bailout-praktiken

Unsere Bewertung des institutionellen Rahmens stützt sich auf das Prinzip der bundesstaatlichen Solidarität. Der Bund hat seit 1992 in mehreren Fällen Finanzhilfen an Bundesländer gewährt, darunter an Bremen (1992, 2006), das Saarland (1992, 2005) und Berlin (2002). Im Oktober 2006 wurde jedoch die Klage Berlins mit der Begründung abgewiesen, dass es sich nicht um eine extreme Haushaltsnotlage handele und das Land selbst in der Lage sei, die notwendigen Konsolidierungserfordernisse zu erfüllen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen Berlin zeigt, dass zwar nicht in jedem Einzelfall Sanierungshilfen bzw. anderweitige, landesindividuelle Unterstützungen durch den Bund gewährt werden müssen, die Darstellung einer begründeten Haushaltsnotlage jedoch ausreichend ist, um Finanzhilfen zu erhalten.¹ Wir interpretieren die Rechtslage und die entsprechenden Urteile des Bundesverfassungsgerichts als ausreichende Evidenz für eine implizite Beistandsklausel, die auf der Beistandspflicht basiert und entsprechend umgesetzt wird. Daher bewerten wir das Transfer- und Bailout-Regime für die Bundesrepublik als stark integriert.

Starkes Solidaritätsprinzip

Bund trägt Großteil der Kosten
für Krisenbekämpfung

In jüngster Zeit hat die Bundesregierung einen Großteil der Kosten für Krisenbekämpfungspakete während der Coronapandemie und Energiekrise getragen und hierfür mehrere Nachtragshaushalte und Maßnahmenpakete verabschiedet. Dies hatte zur Folge, dass der Bund Defizite von durchschnittlich 3,3% des BIP zwischen 2020 und 2022 verzeichnete. Als Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und die hohen und volatilen Energiepreise finanziert die Bundesregierung unter anderem Gas- und Strompreisbremsen bis mindestens April 2024. Für diese Maßnahmen wurden im Jahr 2023 83,3 Mrd. EUR veranschlagt. Weiter unterstützte der Bund die von Überschwemmungen im Jahr 2021 getroffenen Bundesländer, darunter der Freistaat, mithilfe eines 30-Mrd.-Euro-Fonds zum Wiederaufbau von zerstörter Infrastruktur und Hilfszahlungen.

¹ Das Urteil lässt auch die Beistandspflicht unberührt, die auf dem Bundestreuprinzip fußt und zur Hilfe verpflichtet, wenn ein Bundesland nicht nur absolut, sondern auch relativ zu anderen Gebietskörperschaften trotz Eigenanstrengungen nicht mehr in der Lage ist seine Notlage zu beseitigen.

**Umfassendes System des
Finanzausgleichs****Freistaat Bayern mit Abstand
größter Geber im
bundesstaatlichen
Finanzausgleich****Autonome Kreditaufnahme,
Zugang zu gemeinsamer
Liquidität****Fiskalregeln über
Schuldenbremse und
Stabilitätsrat****Geteilte Hoheit bei den
aufkommensstärksten Steuern****Ordentliche Haushaltsunterstützung und fiskalischer Ausgleich**

Im bundesstaatlichen Finanzausgleich sollen relative Finanzkraftunterschiede zwischen den Bundesländern angemessen ausgeglichen werden. Seit der Neuordnung des Finanzausgleichs ab dem Jahr 2020 erfolgt die Umverteilung mittels Zu- und Abschlägen auf das Umsatzsteueraufkommen der jeweiligen Länder, was mit Bundesergänzungszuweisungen vervollständigt wird.

Wie im vorherigen System ist der Freistaat Bayern mit Abstand das größte Geberland mit Abschlägen auf Mehrwertsteuereinnahmen von knapp 9,9 Mrd. EUR im Jahr 2022. Da sich der Nettoeffekt dieser Änderung aufgrund des höheren Beitrags durch den Bund zunächst für alle Länder positiv auswirkt, führt der Ausgleichsmechanismus nach wie vor zu einer hohen Integration zwischen Bund und Ländern.

Finanzierungspraktiken

Die Regierungen der Länder verfügen über weitgehende Autonomie über ihre Finanzierung. Es gibt keine systematische Finanzierung über den Bund und die Länder können ihre Kreditaufnahme unter Beachtung der sog. „Schuldenbremse“ selbständig gestalten. Die deutschen Bundesländer gewähren sich gegenseitig Liquidität im Rahmen von Geldgeschäften, was die Liquiditätsversorgung zusätzlich erleichtert. Das Risikogewicht für Schuldverschreibungen der Länder ist mit 0% an Bundeswertpapiere angeglichen. Weiter haben die Länder bereits 62-mal gemeinsame Anleihen aufgenommen, auch wenn sich nicht alle 16 Bundesländer daran beteiligt haben.

Fiskalregeln und Aufsicht

Seit 2020 ist die Schuldenbremse in den Bundesländern wirksam. Schuldenbremsengesetze verbieten den Bundesländern jegliche Form der strukturellen Nettokreditaufnahme, es sei denn, sie werden zum Beispiel von einer schweren Rezession oder Naturkatastrophe getroffen.² Die jährliche strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes wird auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Der Bundestag hat für die Jahre 2020 bis 2022 die verfassungsrechtliche Ausnahmemöglichkeit der Schuldenbremse in Anspruch genommen, um auf die fiskalischen Herausforderungen der Covid-19 Pandemie und der Energiekrise reagieren zu können. Der Freistaat Bayern hat unabhängig davon die Schutzklausel seiner Schuldenbremse für die Jahre 2020 bis 2022 genutzt, um Kreditermächtigungen für die Finanzierung von Maßnahmen zur Krisenbekämpfung während der Coronapandemie sowie für den Ausgleich von erwarteten Steuermindereinnahmen zu ermöglichen.

Seit 2010 obliegt die Haushaltskontrolle dem dafür eingesetzten „Stabilitätsrat“, ein gemeinsames Gremium von Bund (vertreten durch Finanz- und Wirtschaftsminister) und Ländern, die von den amtierenden Finanzministern repräsentiert werden. Zu den Hauptaufgaben des Stabilitätsrats gehört die regelmäßige Überwachung der Einhaltung von Verschuldungsregeln sowie die Früherkennung von Haushaltsnotlagen. Wenn der Stabilitätsrat feststellt, dass einem Land eine Haushaltsnotlage droht, vereinbart er mit der betroffenen Gebietskörperschaft ein Sanierungsprogramm.

Einnahme und Ausgabenautonomie

Die Steuergesetzgebungshoheit für die beiden aufkommensstärksten Steuern, nämlich der Einkommen- und Umsatzsteuer, obliegt dem Bund und den Ländern gemeinsam, ebenso wie die Entscheidung über deren Aufteilung. Im Jahr 2017 fand eine Reform der föderalen Finanzbeziehungen statt, welche dazu führte, dass die Länder seit 2020 einen

² Die Schuldenbremse ist ein rechtlicher Rahmen, der den Ländern ab 2020 strukturelle Defizite verbietet; Artikel 109 (3) des Grundgesetzes sieht vor, dass die Länder zum Beispiel im Falle einer Rezession oder einer Naturkatastrophe Defizite machen dürfen, wenn sie entsprechende Gesetze auf Landesebene erlassen.

Föderalismusreformen stärken integrativen Charakter

höheren Anteil der Umsatzsteuereinnahmen erhalten. Abgesehen von den Gemeinschaftssteuern haben Bund und Länder separate Kompetenzen in Bezug auf weniger aufkommensstarken Steuern.

Im Zuge der Reform der Bund-Länder-Beziehungen im Jahr 2017 wurde entschieden, den Ländern ab dem Jahr 2020 einen größeren Anteil der Umsatzsteuereinnahmen zuzuweisen. Im Gegenzug wurden dem Bund begrenzte Kompetenzen im Bereich von Verkehrs-, digitaler Infrastruktur- und Bildungspolitik eingeräumt, die ursprünglich als reine Länderaufgaben definiert waren. Im Einklang mit der Föderalismusreform II aus dem Jahr 2009 erkennen wir die Entwicklung zu einem stärker integrativen Charakter des deutschen Föderalismus, einerseits bedingt durch die zunehmende konkurrierende Gesetzgebung in Bundestag und Bundesrat bei gleichzeitig weiterhin eindeutiger Trennung in exekutive und legislative Kompetenzen.

Politische Kohärenz und mehrstufige Regierungsführung

Wir schätzen die Bund-Länder Beziehungen als sehr planbar und unterstützend ein. Wichtige Reformen werden frühzeitig und in enger Abstimmung mit den Ländern diskutiert und beschlossen, die über den Bundesrat direkten Einfluss auf die nationale Politik ausüben können.

Sonderrolle des Freistaats Bayern durch die CSU

Im deutschen Parteiensystem nimmt der Freistaat Bayern eine besondere Stellung ein: Seit 1957 wird er ununterbrochen von der CSU regiert, die derzeit in einer Koalition mit den Freien Wählern steht. Die CSU stellt auch den Ministerpräsidenten. Eine langjährige Vereinbarung mit der Schwesterpartei CDU schließt aus, dass diese bei Wahlen in Bayern antritt. Auf Bundesebene tritt die CSU nicht in politischen Wettbewerb mit der CDU, sondern bildet mit ihr eine Fraktionsgemeinschaft im Bundestag.

Individuelles Kreditprofil

Mit etwa 13 Millionen Einwohnern (16% der Gesamtbevölkerung Deutschlands) ist der Freistaat Bayern das zweitgrößte Bundesland nach Nordrhein-Westfalen. Die bayerische Wirtschaft ist ebenfalls die zweitgrößte in Deutschland und trägt mit einem Anteil von etwa 19% zum deutschen Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Zu den Hauptaufgaben des Landes gehören das Gesundheitswesen und Bildung. Die Haupteinnahmequellen des Landes bestehen aus Gemeinschaftssteuern und Transfers.

Außergewöhnlich starkes individuelles Kreditprofil

Wir stufen das individuelle Kreditprofil Bayerns als „stark“ ein. Dies spiegelt sich in folgenden Faktoren wider: i) einer geringen Verschuldung, einer hohen Liquidität und einem exzellentem Zugang zu Kapitalmärkten; ii) einer soliden Haushaltsführung und überdurchschnittlicher Ausgabenflexibilität; iii) einer wohlhabenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft; und iv) einer guten Regierungsführung.

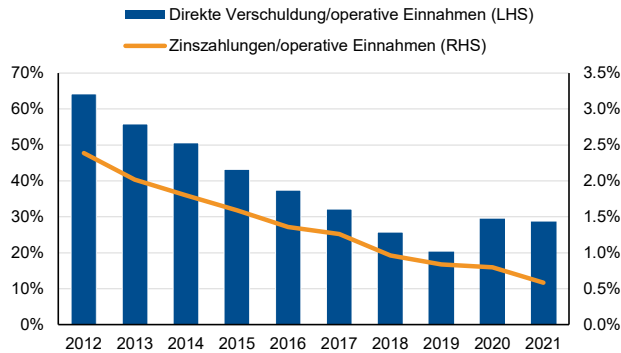
Herausforderungen bestehen durch begrenzte Einnahmenflexibilität, hohe Pensionsverpflichtungen und substantielle, aber insgesamt moderaten Eventualverbindlichkeiten gegenüber Bayerns Haushaltvolumen. Die Coronakrise hat die bayerische Wirtschaft und den Landeshaushalt insbesondere im Jahr 2020 belastet und zu höherer Verschuldung geführt. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass der Freistaat durch konservative Haushaltsführung und exzellentes Finanzmanagement die Auswirkungen der Pandemie mittelfristig ausgleichen wird.

Schuldenlast und Liquiditätsprofil**Geringe Schuldenlast**

Bayerns Schuldenlast ist im nationalen und internationalen Vergleich gering. Der Freistaat konnte seinen direkten Schuldenstand in den Jahren 2012 bis 2019 deutlich auf rund 13 Mrd. EUR oder 20% der operativen Einnahmen senken (2012: 64%). Aufgrund der pandemiebedingten Kreditaufnahme ist die Verschuldung Ende 2021 auf 29% der operativen Einnahmen (19,9 Mrd. EUR) gestiegen. Basierend auf den Daten von Destatis

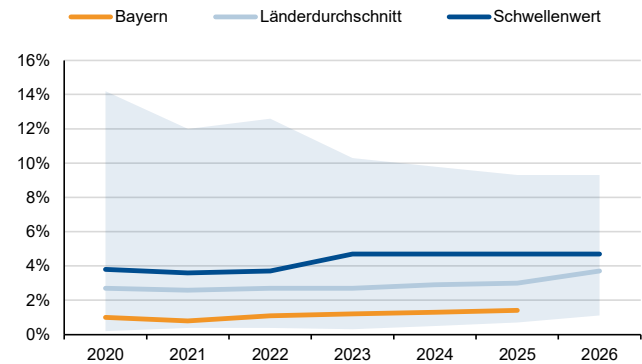
ist dieser Wert bis zum dritten Quartal 2022 auf 19 Mrd. EUR gesunken. Zusammen mit einem erwarteten Anstieg der Einnahmen gehen wir davon aus, dass der Verschuldungsgrad im Verhältnis zu den Einnahmen im Jahr 2022 weiter zurückgegangen ist. Wie in den Vorjahren hat Bayern im Jahr 2021 Barmittel für den Schuldendienst verwendet und die aufgeschobenen Kreditermächtigungen um 825 Mio. EUR auf 17,1 Mrd. EUR erhöht³.

Abbildung 2: Schulden- und Zinslast



Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Destatis, Scope Ratings

Abbildung 3: Zins-Steuer-Quote



Daten für Bayern bis 2025 verfügbar. Quelle: Stabilitätsrat, Scope Ratings

Geringe Zinsbelastung

Der stetige Schuldenabbau vor der Pandemie hat dazu beigetragen, dass die Zinszahlungen im Verhältnis zu den operativen Einnahmen von 2,4% im Jahr 2012 auf 0,6% im Jahr 2021 gesunken sind (siehe **Abbildung 2**). Gemäß den jüngsten Einschätzungen des Stabilitätsrats zur Haushaltsüberwachung schneidet Bayern weiterhin besser ab als die meisten anderen Länder. Diese Einschätzung spiegelt sich auch im sehr niedrigem Zins-Steuer-Verhältnis Bayerns im Vergleich zu anderen Bundesländern (siehe **Abbildung 3**) wider.

Die Covid-19 Krise führt zu höherer Verschuldung, Niveau bleibt sehr moderat

Im Zuge der Coronakrise hat der Freistaat die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse in Anspruch genommen und im Haushalt Kreditermächtigungen von bis zu 20 Mrd. EUR im Jahr 2020, bis zu 11,6 Mrd. EUR im Jahr 2021 und 5,8 Mrd. EUR im Jahr 2022 vorgesehen. Im Haushaltsentwurf für 2023 ist keine Nettokreditaufnahme und ein Schuldenabbau von 50 Mio. EUR geplant.

Kreditermächtigungen, die im jeweiligen Jahr nicht in Anspruch genommen werden, können unter bestimmten Voraussetzungen ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden, was die operationelle Flexibilität erhöht. Alle Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Pandemie werden unter dem im Jahr 2020 neu eingerichteten Kapitel 13 19 „Sonderfonds Corona-Pandemie“ veranschlagt und nachgewiesen.

Die tatsächliche Nettoverschuldung lag in den Jahren 2020-22 deutlich unter den Kreditermächtigungen und wir erwarten, dass das Volumen der Kreditermächtigung von 20 Mrd. EUR aus dem Jahr 2020 ausreicht, um die Finanzierung in diesen drei Jahren zu decken. Ende 2022 beliefen sich die im Rahmen von Kapitel 13 19 aufgenommenen Schulden auf 10,21 Mrd. EUR, deutlich unter den Kreditermächtigungen aus den Jahren 2020 bis 2022 von 37,4 Mrd. EUR.

³ Angesichts des hohen eigenen Kassenbestandes in Verbindung mit dem Niedrigzinsumfeld ist ein wesentliches Instrument zur Reduzierung des Kassenbestandes die Verschiebung von Kreditermächtigungen. Dies bedeutet, dass Ermächtigungen zur Aufnahme von Schulden zur Tilgung fälliger Kredite nicht in Anspruch genommen werden und fällige Kredite mit den vorhandenen Kassenbeständen beglichen werden.

Schuldendienst wird leicht ansteigen durch Tilgung von Coronaschulden

Für Kreditermächtigungen, die im Zusammenhang mit Naturkatastrophen unter der Schuldenbremse aufgenommen werden, ist ein verpflichtender Tilgungsplan vorgeschrieben. Bayern plant, die unter Kapitel 13 19 aufgenommenen Schulden ab 2024 in jährlichen Raten in Höhe von jeweils 5% zu tilgen; ab 2024 für Schulden die unter der Kreditermächtigung 2020 aufgenommen wurden, ab 2025 für Schulden, die unter der Kreditermächtigung 2021 aufgenommen wurden, und ab 2026 für Schulden, die unter der Kreditermächtigung 2022 aufgenommen wurden. Unter der konservativen Annahme, dass 20 Mrd. EUR in den Jahren 2020-22 aufgenommen wurden, würden die Tilgungskosten pro Jahr ab 2026 bei etwa 1 Mrd. EUR liegen und die Ausgabenflexibilität des Landes moderat einschränken. Da die tatsächliche Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen jedoch wesentlich geringer war als geplant, dürften die Tilgungsausgaben deutlich unter 1 Mrd. EUR pro Jahr liegen. Dank günstiger Finanzierungssätze erwarten wir, dass die Zinszahlungen unter 1% der operativen Einnahmen bleiben werden.

Solides Schuldenmanagement und Strategie

Wir bewerten Bayerns Zugang zum Kapitalmarkt wie für alle Bundesländer als exzellent. Diese Einschätzung wird durch die Tatsache gestützt, dass während der Coronakrise der Kapitalmarktzugang für alle Bundesländer jederzeit gewährleistet war. Im Krisenjahr 2020 hat der Freistaat zu sehr günstigen Konditionen 7,2 Mrd. EUR am Kapitalmarkt aufgenommen, nachdem er zuvor seit Ende 2014 nicht am Kapitalmarkt aktiv gewesen war. Im Jahr 2021 wurden 3,4 Mrd. EUR aufgenommen. Im Jahr 2022 hat Bayern Schuldscheindarlehen in Höhe von 338,5 Mio. EUR emittiert, die öffentlichen Kapitalmärkte jedoch nicht in Anspruch genommen, was auf einen begrenzten Finanzierungsbedarf hindeutet und auch die volatilen Kapitalmärkte widerspiegelt, da die EZB ihre Geldpolitik erheblich gestrafft hat. Darüber hinaus verfolgt Bayern eine umsichtige Schuldenmanagementstrategie ohne Fremdwährungsrisiko und mit begrenzten Zinsrisiken. Für die Zukunft sieht die Strategie des bayerischen Schuldenmanagements vor, i) nur langfristige, festverzinsliche Schuldtitel zu emittieren und ii) neue Derivate auszuschließen, um Risiken zu minimieren und die Verwaltungskosten im Schuldenmanagement niedrig zu halten.

Hohe Liquiditätsreserven

Der Freistaat Bayern weist im Vergleich zu anderen Bundesländern einen hohen Grad an Liquidität auf. Dies ist auf beträchtliche Geldbestände in Rücklagen und Sondervermögen zurückzuführen, die auf eine solide Haushaltsführung zurückzuführen sind. Diese Geldbestände decken bereits den Schuldendienst bis 2024 ab.

Solider Geldfluss und konservative Liquiditätsplanung

Bayern profitiert von stabilen Finanzzuflüssen und einer konservativen Haushaltsplanung, die eine solide Liquidität ermöglicht. Wie bei anderen Bundesländern auch, unterliegen die Zahlungsströme des Freistaats saisonalen Schwankungen, die teilweise auf den Steuerkalender zurückzuführen sind. Im Laufe des Jahres tendiert Bayerns Anlagebestand im Einklang mit anderen Bundesländern (ausgenommen der Stadtstaaten) dazu, anzusteigen und erreicht im Juli und Oktober Höchststände, gefolgt von signifikanten Abflüssen Ende Oktober und November. Darüber hinaus werden die Steueranteile der Gemeinden kumuliert und vierteljährlich ausgezahlt, was ebenfalls zu regelmäßigen Liquiditätsüberhängen im Laufe des Jahres beiträgt.

Hervorragender Zugang zu externer Liquidität

Bayern verfügt über einen hervorragenden Zugang zu externer Liquidität, was seine Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks stärkt. Bei Bedarf kann der Freistaat kurzfristig auf Kreditfazilitäten großer Finanzinstitute zugreifen. Zusätzlich erleichtern Geldgeschäfte zwischen den deutschen Bundesländern die gegenseitige Liquiditätsversorgung. In Kombination mit einer hohen Ausstattung an Eigenmitteln ist das Risiko eines Liquiditätsengpasses für Bayern daher vernachlässigbar gering.

Vertragliche Bürgschaften weisen geringes Risiko aus, sehr bescheidene Inanspruchnahme von Covid-19 Garantien

Im Jahr 2021 ist die Summe der ausstehenden vertraglichen Bürgschaften Bayerns auf rund 10,8 Mrd. EUR gestiegen, im Vergleich zu ca. 8,5 Mrd. EUR im Jahr 2019. Der Anstieg ist vor allem auf Bürgschaften in Höhe von 1,1 Mrd. EUR für die LfA Förderbank Bayern (AAA/Stabil) zurückzuführen, die die Kreditvergabe an Unternehmen erleichtern sollen, die von der Covid-19-Krise betroffen sind. Der Höchstbetrag für diese Bürgschaften liegt bei 12 Mrd. EUR. Nun wurde die Garantie erweitert, um auch die Aktivitäten der LfA im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine abzudecken. Außerdem hatte Bayern in 2020 einen Garantierahmen von 26 Mrd. EUR (ab 2022 reduziert auf 6,5 Mrd. EUR) für den BayernFonds eingerichtet, der selbst Bürgschaften ausgeben (oder Kapital bereitstellen) konnte. Bis der Zugang zu diesem Fonds im Juni 2022 geschlossen wurde, wurde jedoch noch keine Bürgschaft aus dem BayernFonds beantragt.

Weitere Bürgschaftsverpflichtungen bestehen vor allem im Bereich des sozialen Wohnungsbaus (2,8 Mrd. EUR) sowie auf Basis von einzelgesetzlichen Ermächtigungen (7,6 Mrd. EUR) in verschiedenen Bereichen, z.B. für ein S-Bahn Projekt in München. Der anhaltende Immobilienpreisanstieg lässt erwarten, dass der Freistaat Bayern die Garantien im Zusammenhang mit Immobilientransaktionen nicht einsetzen muss. Darüber hinaus bewerten wir die Garantien für Schulden im Bereich sozialer Wohnungsbau als nicht budgetrelevant, da die Wohnungsbauunternehmen stabile Mieteinnahmen erzielen.

Geringes Eintrittsrisiko bei Eventualverbindlichkeiten im Finanzsektor

Die 75%ige Beteiligung Bayerns an der BayernLB (mit einer Bilanzsumme von 303 Mrd. EUR per September 2022) birgt ein gewisses Eventualverbindlichkeitsrisiko. Dieses Risiko wurde jedoch nach der vollständigen Rückzahlung der staatlichen Beihilfen durch die BayernLB im Jahr 2017⁴ deutlich reduziert. Die Rückzahlung des bayerischen Kapitalbeitrags führte zum vorzeitigen Abschluss des entsprechenden EU-Verfahrens. Die Bilanz der Bank ist solide, was sich unter anderen in einer CET1-Kapitalquote von 16,1% im September 2022 widerspiegelt. Dies liegt deutlich über den aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Mindestquote für 2022: 8,6%). Darüber hinaus verzeichnet die BayernLB eine niedrige NPL-Quote von lediglich 0,6%.

Solides Management staatlicher Beteiligungen

Insgesamt begründet das solide Management der staatlichen Beteiligungen an Unternehmen mit stabilen Jahresergebnissen in der Vergangenheit die geringen Risiken aus bestehenden Eventualverbindlichkeiten. Die Gesamtverschuldung der Mehrheitsbeteiligungen (ohne Finanzinstitutionen) ist im Jahr 2021 auf rund 2,6 Mrd. EUR gestiegen. Die Coronakrise hat die Profitabilität einiger Unternehmen beeinträchtigt, an denen Bayern beteiligt ist. Das Land hat in einigen Fällen Überbrückungskredite oder Rekapitalisierungsmaßnahmen zur Unterstützung dieser Unternehmen während der Krise bereitgestellt. Die Lockerung der Pandemiebeschränkungen dürfte jedoch zu einer erheblichen Verbesserung der Ergebnisse in betroffenen Sektoren führen.

Budgetperformance und Flexibilität

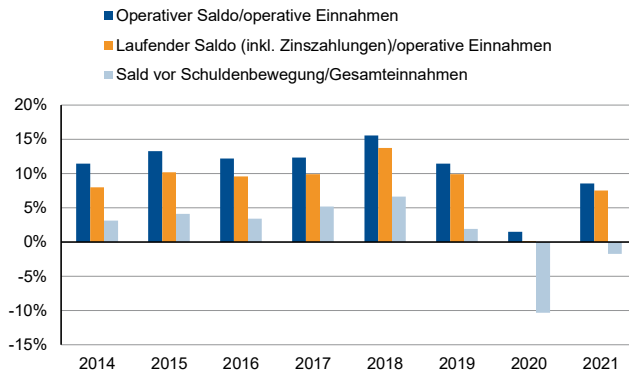
Erfolgsbilanz mit starker Budgetperformance und Flexibilität

Bayern zeichnet sich durch eine solide Haushaltsführung aus, die durch hohe operative Überschüsse geprägt ist. Zwischen 2015 und 2019 betrug der durchschnittliche operative Überschuss des Freistaats 12,9% der operativen Einnahmen, während der Überschuss nach Abzug der Zinsausgaben bei 4,2% der Gesamteinnahmen lag (siehe **Abbildung 4**). Die Haushaltsführung wird durch ein dynamisches Wachstum der Steuereinnahmen, eine

⁴ In 2008/2009 hat Bayern der Bank Kapital in Höhe von 10 Mrd. EUR zugeführt und Garantien in Höhe von 4,8 Mrd. EUR für das strukturierte Kreditportfolio vergeben. Im Rahmen des EU-Beihilfverfahrens hat die EU-Kommission eine Rückzahlung von 4,96 Mrd. EUR bis spätestens 31.12.2019 vorgesehen. Mit der Rückzahlung von 1 Mrd. EUR zum 30. Juni 2017 hat die BayernLB die EU-Rückzahlungsverpflichtung von 4,96 Mrd. EUR vollständig erfüllt. Die Garantien für das strukturierte Kreditportfolio wurden bereits 2014 beendet.

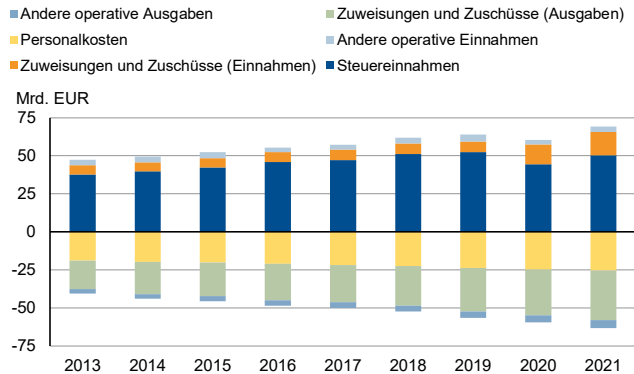
kontinuierliche Kostenkontrolle und eine konservative Haushaltsführung getrieben, die den Abbau von Schulden und den Aufbau liquider Eigenmittel ermöglicht haben.

Abbildung 4: Haushaltsführung



Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Scope Ratings

Abbildung 5: Komponenten des operativen Saldos



Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Scope Ratings

Auswirkung der Covid-19 Krise auf den bayerischen Landeshaushalte

Die Haushaltsführung in den Jahren 2020 und 2021 stand jedoch im Zeichen der Coronakrise. Um die operative Flexibilität zu erhöhen und aufgrund der pandemiebedingten Unsicherheit verabschiedete der Freistaat einen einjährigen Haushalt für 2021 und 2022 anstelle des üblichen Zweijahreszyklus.

2022 erwarteter Finanzierungssaldo von 4% der Gesamteinnahmen

Die Finanzierungssalden Bayerns verschlechterten sich im Vergleich zu den Vorjahren von einem Überschuss von 1,2 Mrd. EUR im Jahr 2019, was 2% der Gesamteinnahmen entspricht, zu Defiziten von 10,3% im Jahr 2020 und 1,7% im Jahr 2021. Ausschlaggebend dafür waren pandemiebedingte Ausgaben in Höhe von rund 8,8 Mrd. EUR im Jahr 2020 und 11,2 Mrd. EUR im Jahr 2021, von denen nur ein Teil durch Transferleistungen des Bundes gedeckt wurde. Zudem kam es im Jahr 2020 zu Mindereinnahmen bei den Steuern im Vergleich zu den Haushaltsansätzen.

Haushalt 2023 soll ausgeglichen sein, Ausgabendruck steigt

Für das Jahr 2022 rechnen wir mit einem Finanzierungssaldo von rund 4% der Gesamteinnahmen. Dies ist auf eine starke Erholung der Steuereinnahmen zurückzuführen, die laut Destatis von 50 Mrd. EUR im Jahr 2021 auf 55 Mrd. EUR gestiegen sind. Darüber hinaus wird auch erwartet, dass die Ausgaben für Covid-19-bezogene Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen und somit zu einer weiteren Verbesserung der Haushaltsprognosen beitragen.

Finanzplanung: hohe Investitionen ohne Nettokreditaufnahme

Bayern plant für das Jahr 2023 einen Abbau der Nettoverschuldung um 50 Mio. EUR im Haushaltsentwurf. Unserer Ansicht nach wird Bayern mittelfristig in der Lage sein, die negativen Auswirkungen der Pandemie auf den Haushalt auszugleichen. Dies liegt an i) einer konservativen Haushaltsführung, ii) einer nachweislichen Verpflichtung zur Haushaltskonsolidierung, iii) der Fähigkeit, den Haushalt angesichts des hohen Investitionsniveaus anzupassen und iv) der positiven wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Allerdings wird das inflationäre Umfeld in Deutschland den Ausgabendruck auf das Land erhöhen, sowie die Kosten für die Unterbringung ukrainischer Flüchtlinge. So werden beispielsweise die Beamten des Landes Ende 2023 in Tarifverhandlungen eintreten und voraussichtlich eine erhebliche Gehaltserhöhung fordern.

Der bayerische Finanzplan für den Zeitraum 2022-26 sieht vor, dass die Investitionen auf einem historischen Höchststand von etwa 15% der Gesamtausgaben bleiben und dass die Haushaltsplanung ab 2023 ohne Nettokreditaufnahme auskommt. Dies wird

erhebliche Konsolidierungsanstrengungen und einige Ausgabenanpassungen mit sich bringen.

Das Ausgabenprogramm Bayerns legt Schwerpunkte auf die folgenden Bereiche, die insbesondere der demographischen Entwicklung Rechnung tragen sollen, die Wirtschaft erfolgreich durch die Coronapandemie und die Energiekrise führen sollen sowie den Treibhausgas-Ausstoß in Bayern mindern sollen: i) die Technologieoffensive „Hightech Agenda Bayern“, mithilfe derer bis Ende der Legislaturperiode in 2023 insgesamt 2 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt werden, ii) die Hightech Agenda Plus, für die zusätzliche 900 Mio. EUR in den Jahren 2021 und 2022 als Wachstumsimpuls nach der Krise investiert werden sollen, iii) ein Corona Investitionsprogramm im Jahr 2022 von 1,5 Mrd. EUR; und iv) ein Bayerischer Härtefallfonds im Jahr 2023 in Höhe von 1,7 Mrd. EUR, um finanzschwache Haushalte und Unternehmen zu unterstützen und den Energieschock zusätzlich zu Bundesmaßnahmen abzufedern.

Moderate Einnahmeflexibilität...

Wie auch bei anderen Bundesländern, schätzen wir die Einnahmeflexibilität Bayerns als moderat ein. Bayerns operative Einnahmen bestehen größtenteils aus Steuern (**Abbildung 5**), wobei es sich hauptsächlich um Gemeinschaftssteuern (Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Körperschaftsteuer) handelt. Die Gemeinschaftssteuern werden zunächst von den bayerischen Finanzämtern erhoben, später aber auf nationaler Ebene gemäß den Vereinbarungen über die Aufteilung der Einnahmen und zusätzlichen Transfermechanismen umverteilt. Dies schwächt die Verbindung zwischen den Steuereinnahmen des Staates und seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

...und eine überdurchschnittliche Ausgabenflexibilität.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Bayern jedoch eine überdurchschnittliche Ausgabenflexibilität auf, da es einen relativ hohen Anteil der Gesamtausgaben für Investitionen aufbringt (11,5% im Durchschnitt von 2017-21) und nur geringe Verwaltungskosten (6,7%) hat. Der Freistaat Bayern hat in der Vergangenheit erfolgreich seine konservative Haushaltspolitik durchgeführt und so solide Haushaltsergebnisse gesichert, was insbesondere nach den Covid-19- und Energieschocks von Bedeutung ist, um auf den Pfad des stetigen Schuldenabbaus zurückzukehren. Allerdings ist die Struktur der operativen Ausgaben Bayerns relativ rigide: Rund 36% der Gesamtausgaben im Jahr 2021 entfallen auf Personalkosten (davon 60% auf Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie 20% auf Sicherheit und Rechtsschutz) und 40% für laufende Transfers und Zuschüsse.

Pensionsleistungen schränken die langfristige Haushaltsflexibilität ein...

Die steigende Zahl der Versorgungsempfänger in Bayern wird voraussichtlich im Jahr 2040 etwa 185.000 betragen, was einem Anstieg von 29% gegenüber 2019 entspricht. Dies führt dazu, dass die Versorgungsausgaben einen immer größeren Anteil am bayerischen Haushalt ausmachen und somit die langfristige Ausgabenflexibilität des Freistaats beeinträchtigen. Laut dem Bericht Bayerns über künftige Versorgungsausgaben, der alternative Annahmen zur Anpassung der Versorgungsbezüge von 2,5% bis 3,5% pro Jahr berücksichtigt, wird der Anteil der Versorgungsausgaben kontinuierlich steigen. Bei einer moderaten Dynamisierung von 2,5% pro Jahr wird der Anteil der Versorgungsausgaben von 9,1% im Jahr 2018 bis zum Jahr 2027 auf 11,1% steigen und dann bis 2050 auf 9,4% zurückgehen. Bei einer Dynamisierung von 3,0% pro Jahr wird der Anteil der Versorgungsausgaben im Zeitraum 2033 bis 2036 bei 11,7% liegen, während er bei einer im historischen Vergleich unwahrscheinlichen Annahme von 3,5% pro Jahr im Zeitraum 2037-2042 12,6% erreichen wird.

... aber Rückstellungen und Jahresbeiträge puffern Auswirkungen ab.

Um den wachsenden Belastungen durch Pensionsverpflichtungen zu begegnen, hat der Freistaat Bayern folgende Maßnahmen ergriffen: i) Kostendämpfungsmaßnahmen umgesetzt; ii) eine solide Finanzpolitik verfolgt; und iii) den Bayerischen Pensionsfonds

ins Leben gerufen. Das Grundkapital des Pensionsfonds belief sich Ende 2021 auf 3,8 Mrd. EUR. Zusätzlich zu den gesetzlich festgelegten jährlichen Zuflüssen von 110 Mio. EUR bis 2030 steuert Bayern vereinnahmte Versorgungszuschläge bei (EUR 29,7 Mio. in 2021). Durch die Kombination dieser Maßnahmen, einschließlich der erwarteten Einsparungen, soll der Anteil der Versorgungsausgaben moderat bleiben und bei 10 bis 12% liegen, was etwa dem Niveau des Jahres 2018 entsprach. Ab 2023 waren erstmals Auszahlungen aus dem Fonds möglich, jedoch wurden diese gemäß des Entnahmepfandes vom 11. Oktober 2022 nicht in Anspruch genommen.

Wirtschaft und soziales Profil

Bayern zeichnet sich durch ein solides sozioökonomisches Profil aus, das auf einer großen, wohlhabenden, breit diversifizierten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft basiert. Dies schafft ein hohes regionales Wachstumspotenzial, das Bayern langfristig in die Lage versetzt, eigene Einnahmen zu generieren. Mit einem Anteil von rund 19% am nationalen BIP im Jahr 2021 ist Bayern eine der wichtigsten Wirtschaftsregionen in Deutschland und eine der wohlhabendsten Regionen Europas. Das Pro-Kopf-BIP liegt um 17% über dem deutschen Durchschnitt und 40% über dem Durchschnitt des Euroraums.

Bis Ende 2019 ist die bayerische Wirtschaft stetig gewachsen (Durchschnitt von 2,6% von 2010-2019, gegenüber 2% in Deutschland), allerdings hatte sich die Konjunktur bereits 2019 abgeschwächt (**Abbildung 6**).

Das reale BIP Bayerns sank 2020 aufgrund des Covid-19-Schocks um 4,3% und damit etwas weniger als der deutsche Durchschnitt von 4,6%. Die wirtschaftliche Erholung im Jahr 2021 war mit einem realen BIP-Wachstum von 3% robust, aber eine wiederholte Zunahme von Lieferkettenproblemen verlangsamte das Wachstum gegen Ende des Jahres merklich. Im Jahr 2022 haben die hohen Energiepreise und andere wirtschaftliche Auswirkungen des russischen Angriffskriegs Russlands in der Ukraine die Wachstumsaussichten erheblich belastet, auch wenn adverse Szenarien im Zusammenhang mit Gasrationierungen über den Winter nicht eingetreten sind. Die exportorientierte bayerische Automobilindustrie profitierte weiterhin von nachlassenden Lieferkettenproblemen und einer sich erholenden Auslandsnachfrage. Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2022 um 1,8%, und wir erwarten ein ähnliches Niveau für die bayerische Wirtschaft.

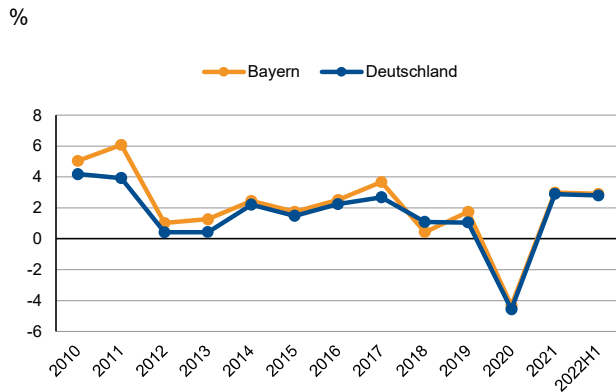
Bayern verfügt über einen soliden Arbeitsmarkt, auch wenn die Pandemie zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf einen Höchststand von 4,2% im Februar 2021 geführt hat, ca. 0,8 Prozentpunkte höher als Ende 2019. Im Februar 2023 lag die Quote bei 3,6%, und somit circa 0,4 Prozentpunkte über dem Niveau vom Februar 2019. Die relativ milden Auswirkungen am Arbeitsmarkt im Zuge der Pandemie und des Energieschocks spiegeln auch die umfangreichen diskretionären Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung wider, z. B. in Form einer nationalen Kurzarbeit. Bayern hat die niedrigste Arbeitslosenquote unter den deutschen Bundesländern (**Abbildung 7**).

Wichtige Wirtschaftsregion
Deutschlands

Robuste Erholung von Covid-19,
aber Ukraine Krieg belastet das
Wachstum

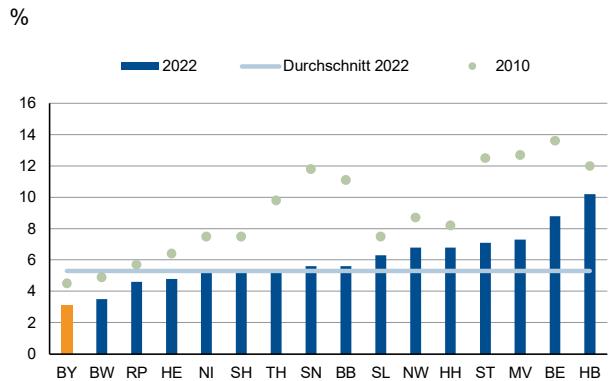
Solider Arbeitsmarkt mit
niedrigster Arbeitslosenquote im
Bundesländervergleich

Abbildung 6: Reales BIP-Wachstum



Quelle: Statistisches Bundesamt, Scope Ratings

Abbildung 7: Arbeitslosenquote



Quelle: Statistisches Bundesamt, Scope Ratings

Vorteilhaftes demografisches Profil im Ländervergleich

Bayern profitiert von einer positiven demografischen Entwicklung im Ländervergleich, die zum langfristigen Steuereinnahmepotenzial des Freistaats beiträgt. Das Bayerische Landesamt für Statistik rechnet bis 2040 mit einem Anstieg der Gesamtbevölkerung um 3,9% gegenüber 2022. Gleichzeitig wird die Alterung der Bevölkerung dazu führen, dass der Anteil der über 65-Jährigen im Vergleich zu den 20- bis 64-Jährigen von 34,6% im Jahr 2021 auf rund 45,2% im Jahr 2041 steigen wird.

Stabiles politisches Umfeld

Wir messen die hohe Qualität der regionalen politischen Regierungsführung des Freistaats Bayerns mit Blick auf Erfolge i) beim Schuldenabbau, ii) der Erfüllung politisch gesetzter Ziele, und iii) die nachhaltigen Haushaltsmaßnahmen, die in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs getroffen wurden.

Regierungskoalition zwischen CSU und Freie Wähler

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit im Jahr 2018 hat die Christlich-Soziale Union (CSU) mit der kleineren bürgerlichen Partei der Freien Wähler eine Koalitionsvereinbarung über die Regierungsbildung getroffen. Die CSU erhielt bei den Regionalwahlen 37,2% der Stimmen, das niedrigste Ergebnis seit 1950. Nach den Koalitionsverhandlungen wurde Markus Söder von der CSU zum Ministerpräsidenten gewählt, die Freien Wähler haben derweil drei Ministerien von der CSU übernommen: Wirtschaft, Umwelt und Kultur. Die nächsten Wahlen sollen im Oktober 2023 stattfinden.

Pandemiekrise erfordert Kreditaufnahme, Verzögerung der Schuldenabbaupläne

Die finanzpolitische Zielsetzung des fortlaufenden Abbaus der Verschuldung Bayerns ist in Artikel 18 Absatz 1 Satz 2 BayHO gesetzlich verankert. Dem Koalitionsvertrag zufolge umfassen die strategischen Prioritäten für die Amtszeit Bayerns 2018-2023: (i) die Sicherung des Haushalts ohne Neuverschuldung, (ii) Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020, (iii) starkes Engagement, um langfristig schuldenfrei zu werden, sowie die (iv) kontinuierliche Bildung ausreichender Haushaltsreserven. Im Zuge der Coronakrise hat Bayern in 2020 schnell reagiert und Nachtragshaushalte inkl. Nettoneuverschuldung verabschiedet, um die regionale Wirtschaft und Kommunen in der Krise Unterstützung anzubieten. Zwar hat Bayern die Kreditermächtigungen nicht voll ausgeschöpft, doch hat die Krise die Pläne zum Schuldenabbau erheblich verzögert.

Ökologische und soziale Erwägungen

Klimaplan für CO2 Neutralität bis 2040

Bayern hat die Herausforderungen des Klimawandels erkannt und einen Klimaplan aufgestellt, der darauf abzielt, die Treibhausgasemissionen pro Einwohner bis 2030 um 65% zu reduzieren und spätestens 2040 klimaneutral zu werden. Das Bayerische Klimaschutzgesetz (BayKlimaG) und rund 150 konkrete Maßnahmen der Staatsregierung

Hohe Bildungsabschlüsse im Vergleich zu anderen Ländern

begleiten das Schutzprogramm zur Erreichung der gesetzlichen CO₂-Reduktionsziele. Bayern war auch von den großen Überschwemmungen im Juli 2021 betroffen, allerdings in weitaus geringerem Maße als Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. Mit der Einrichtung einer nationalen Aufbauhilfe 2021 hat der Bund bis zu 30 Mrd. Euro für den Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten zur Verfügung gestellt; Bayern erhielt 1% des Fonds.

Bayern übertrifft die anderen Bundesländer in Bezug auf das allgemeine Bildungsniveau, was sich in einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Hochschulabsolventen (33,5% gegenüber 30,9% im Bundesdurchschnitt) und einem geringeren Anteil an jungen Menschen, die weder erwerbstätig sind noch eine Ausbildung absolvieren (6,1% gegenüber 7,5% im Bundesdurchschnitt), widerspiegelt. In Bezug auf Gesundheit und demografische Indikatoren schneidet Bayern mit einem Altenquotienten von 31,7% gegenüber 34,2% (Bundesdurchschnitt) ebenfalls besser ab als andere Länder.

Ferner verweisen wir auf die beträchtlichen Anstrengungen, die der Freistaat in der Covid-19- und der Energiekrise unternommen hat, um Haushalte und Unternehmen zu unterstützen.

Appendix I: Bewertung des institutionellen Rahmens

Zur Bewertung des institutionellen Rahmens verwenden wir eine Qualitative Scorecard (QS1), die sich auf sechs Komponenten konzentriert. Wir bewerten jede analytische Komponente auf einer fünfstufigen Skala, die von 0 für "geringe" Integration bis 100 für "vollständige" Integration reicht. Die Bewertung des institutionellen Rahmens, die von 0 bis 100 geht, wird als einfacher Durchschnitt dieser Bewertungen berechnet. Die Punktzahl wird dann verwendet, um ausgehend von der Rating-Ankerstufe eine Ratingspanne zu bestimmen, innerhalb derer das Rating des Teilstaates positioniert werden kann.

Unsere Bewertung der zwischenstaatlichen Verflechtung zwischen den deutschen Bundesländern und der Bundesrepublik Deutschland (AAA/Stabil) führt zu einer indikativen Ratingspanne von einer Stufe nach unten gegenüber der Bundesregierung, innerhalb derer die Länder entsprechend ihrer individuellen Kreditstärke positioniert werden können.

Institutioneller Rahmen Scorecard (QS1)

Analytische Komponenten	Vollständige Integration (100)	Starke Integration (75)	Mittlere Integration (50)	Wenig Integration (25)	Schwache Integration (0)
Außerordentliche Unterstützung und Bail-out-praktiken	●	○	○	○	○
Ordentliche Haushaltsunterstützung und fiskalischer Ausgleich	●	○	○	○	○
Finanzierungspraktiken	○	○	●	○	○
Fiskalregeln und Aufsicht	●	○	○	○	○
Einnahme- und Ausgabenautonomie	●	○	○	○	○
Politische Kohärenz und mehrstufige Regierungsführung	●	○	○	○	○

Integration Score	92
Ratingspanne (Abwärts)	0-1

Institutioneller Rahmen	100 > x ≥ 90	90 > x ≥ 80	80 > x ≥ 70	70 > x ≥ 60	60 > x ≥ 50	50 > x ≥ 40	40 > x ≥ 30	30 > x ≥ 20	20 > x ≥ 10	10 > x ≥ 0
Indikative Ratingspanne	0-1	0-2	0-3	0-4	0-5	0-6	0-7	0-8	0-9	0-10

Appendix II: Individuelles Kreditprofil

Zur Bewertung des individuellen Kreditprofils (ICP) wenden wir die Qualitative Scorecard 2 (QS2) an, welche sich auf 10 Komponenten stützt, die durch ein Benchmarking mit anderen Ländern untermauert werden. Wir bewerten jede analytische Komponente auf einer Drei-Punkte-Skala, indem wir die Leistung und das Risikoengagement einer untergeordneten Gebietskörperschaft mit denen der Vergleichsgruppe vergleichen. Für jede Komponente erteilen wir die Punktzahlen 0 für 'schwächer', 50 für 'mittel' und 100 für 'stärker'. Die individuelle Kreditprofilbewertung, die von 0 bis 100 reicht, wird als einfacher Mittelwert dieser Bewertungen berechnet. Darüber hinaus nehmen wir zwei zusätzliche Bewertungen für Umweltfaktoren und soziale Faktoren vor, die zu Anpassungen der ICP-Punktzahl um bis zu +/- 10 Punkte führen können.

Das individuelle Kreditprofil von Bayern bewerten wir mit einem ICP-Score von 90 von 100 als stärker im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Individuelles Kreditprofil Scorecard (QS2)

Risikofelder	Analytische Komponenten	Stärker (100)	Mittel (50)	Schwächer (0)
Verschuldung und Liquidität 40%	Schuldenlast und Ausblick	●	○	○
	Schuldenprofil und Tragfähigkeit	●	○	○
	Eventualverbindlichkeiten	○	●	○
	Liquidität und Finanzierungsflexibilität	●	○	○
Haushalt 30%	Haushaltsergebnisse und Ausblick	●	○	○
	Einnahmeflexibilität	●	○	○
	Ausgabenflexibilität	○	●	○
Wirtschaft 20%	Wohlstand und wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit	●	○	○
	Nachhaltigkeit des Wirtschaftsprofils	●	○	○
Governance 10%	Governance und Qualität des Finanzmanagements	●	○	○
Zusätzliche Umwelt- und Sozialfaktoren		Positive Auswirkung (+5)	Keine Auswirkung (0)	Negative Auswirkung (-5)
Umweltfaktoren und Resilienz		○	●	○
Soziale Faktoren und Resilienz		○	●	○

Individuelles Kreditprofil-Scoring	90
Indikatives Notching	-

Appendix III: Mapping Table

Wir leiten das indikative Sub-Sovereign-Rating ab, indem wir das Ergebnis der Bewertung des institutionellen Rahmens (d. h. die indikative Ratingspanne) und den ICP-Score zusammenführen.

Für Bayern ergibt sich daraus ein indikatives Rating, das mit dem AAA-Rating der Bundesregierung übereinstimmt. Weitere Anpassungen des Ratings sind nicht erforderlich.

Rating-Anker	Institutioneller Rahmen		Individuelles Kreditprofil							
	Bewertung	Ratingsspanne	100 > x ≥ 80	80 > x ≥ 70	70 > x ≥ 60	60 > x ≥ 50	50 > x ≥ 40	40 > x ≥ 30	30 > x ≥ 20	20 > x ≥ 0
BRD	100 > x ≥ 90	0-1	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AAA	AA+	AA+
	90 > x ≥ 80	0-2	AAA	AAA	AA+	AA+	AA+	AA+	AA	AA
	80 > x ≥ 70	0-3	AAA	AA+	AA+	AA+	AA	AA	AA-	AA-
	70 > x ≥ 60	0-4	AAA	AA+	AA+	AA	AA	AA	AA-	A+
	60 > x ≥ 50	0-5	AAA	AA+	AA+	AA	AA	AA-	A+	A
	50 > x ≥ 40	0-6	AAA	AA+	AA/ AA	AA/ AA-	AA/ AA-	AA-/ A+	A+/ A	A-
	40 > x ≥ 30	0-7	AAA	AA+/ AA	AA/ AA	AA/ AA-	AA-/ A+	A+/ A	A/ A-	BBB+
	30 > x ≥ 20	0-8	AAA	AA+/ AA	AA/ AA-	AA-/ A+	A+/ A	A/ A-	A-/ BBB+	BBB
	20 > x ≥ 10	0-9	AAA	AA+/ AA	AA/ AA-	AA-/ A+	A+/ A	A/ A-	BBB+/ BBB	BBB-
	10 > x ≥ 0	0-10	AAA	AA+/ AA	AA/ AA-	AA-/ A+	A/ A-	BBB+/ BBB	BBB-/ BB+	BB+

Mapping Table im Abschnitt 4 der Scope Sub-sovereigns Rating Methodology, angewandt auf die AAA-Ratings der Bundesregierung.

Appendix IV: Statistiken

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Haushalt									
in EUR Millionen, sofern nicht anders angegeben									
Operative Einnahmen	47.323	49.593	52.440	55.355	57.178	61.979	63.817	60.529	69.175
Steuereinnahmen	37.623	39.709	42.143	45.900	47.097	51.134	52.329	44.529	50.138
Zuweisungen und Zuschüsse	6.250	5.868	6.267	6.477	7.015	6.822	7.039	13.035	15.509
Andere operative Einnahmen	3.449	4.016	4.029	2.978	3.065	4.022	4.449	2.964	3.528
Laufende Einnahmen	47.395	49.672	52.514	55.419	57.253	62.041	63.887	60.634	69.285
Zinseinnahmen	73	79	74	63	76	62	70	105	109
Operative Ausgaben	40.495	43.924	45.498	48.622	50.143	52.346	56.499	59.608	63.275
Personalkosten	19.028	19.804	20.283	20.984	21.861	22.592	23.677	24.742	25.526
Zuweisungen und Zuschüsse	18.639	21.162	21.944	23.838	24.499	25.862	28.709	30.153	32.548
Andere operative Ausgaben	2.829	2.958	3.271	3.800	3.783	3.892	4.113	4.714	5.201
Laufende Ausgaben	41.450	44.816	46.332	49.374	50.864	52.942	57.034	60.091	63.679
Zinsausgaben	955	892	834	753	721	597	535	483	404
Operativer Saldo	6.827	5.669	6.941	6.734	7.035	9.633	7.318	920	5.900
Laufender Saldo	5.945	4.856	6.181	6.044	6.390	9.098	6.853	542	5.606
Einnahmen der Kapitalrechnung	1.545	2.139	1.534	1.570	2.663	1.773	2.071	1.551	1.468
Ausgaben der Kapitalrechnung	5.358	5.375	5.518	5.683	5.956	6.647	7.684	8.525	8.302
Saldo Kapitalrechnung	-3.813	-3.236	-3.984	-4.113	-3.293	-4.874	-5.613	-6.975	-6.834
Gesamteinnahmen	48.941	51.811	54.047	56.989	59.917	63.814	65.958	62.184	70.752
Gesamtausgaben	46.808	50.191	51.850	55.058	56.820	59.589	64.718	68.617	71.981
Finanzierungssaldo	2.132	1.620	2.197	1.931	3.096	4.225	1.240	-6.433	-1.229
Kennziffern									
Finanzierungssaldo/Gesamteinnahmen, %	4,4	3,1	4,1	3,4	5,2	6,6	1,9	-10,3	-1,7
Operativer Saldo/operative Einnahmen, %	14,4	11,4	13,2	12,2	12,3	15,5	11,5	1,5	8,5
Zinszahlungen/operative Einnahmen, %	2,0	1,8	1,6	1,4	1,3	1,0	0,8	0,8	0,6
Transfers/operative Einnahmen, %	13,2	11,8	12,0	11,7	12,3	11,0	11,0	21,5	22,4
Personalkosten/operative Ausgaben, %	47,0	45,1	44,6	43,2	43,6	43,2	41,9	41,5	40,3
Ausgaben der Kapitalrechnung/Gesamtausgaben, %	11,4	10,7	10,6	10,3	10,5	11,2	11,9	12,4	11,5
Verschuldung									
Verschuldung (allgemeiner Haushalt)	20.565	20.025	19.525	19.525	19.525	19.525	19.525	19.525	19.525
davon direkte Verschuldung	16.413	15.100	13.876	13.106	10.958	8.985	6.883	5.428	4.833
davon aufgeschobene Anschlussfinanzierungen	4.152	4.925	5.648	6.419	8.567	10.540	12.642	14.097	14.692
Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	10.000	10.000	10.000	9.450	8.950	7.450	7.400	7.350	7.300
davon direkte Verschuldung	10.000	10.000	8.752	7.622	7.412	6.942	6.064	5.192	4.912
davon aufgeschobene Anschlussfinanzierungen	0	0	1.248	1.828	1.538	508	1.337	2.158	2.388
Sonderfonds Corona-Pandemie	0	0	0	0	0	0	0	7.208	10.146
davon direkte Verschuldung	0	0	0	0	0	0	0	7.208	10.146
davon aufgeschobene Anschlussfinanzierungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Aufgeschobene Anschlussfinanzierungen	4.152	4.925	6.896	8.247	10.105	11.048	13.978	16.254	17.079
Direkte Verschuldung (gesamt)	26.413	25.100	22.628	20.728	18.370	15.927	12.947	17.829	19.892
Gesamtrisiko	30.565	30.025	29.525	28.975	28.475	26.975	26.925	34.083	36.971
Kennziffern Verschuldung									
Direkte Verschuldung/operative Einnahmen, %	55,8	50,6	43,2	37,4	32,1	25,7	20,3	29,5	28,8
Gesamtrisiko/operative Einnahmen, %	64,6	60,5	56,3	52,3	49,8	43,5	42,2	56,3	53,4
Zinszahlungen/direkte Verschuldung, %	3,6	3,6	3,7	3,6	3,9	3,7	4,1	2,7	2,0
Wirtschaft									
BIP in Mrd. EUR	511.943	534.066	554.688	577.717	605.752	620.188	643.366	624.403	661.541
Anteil am nationalen BIP, %	18,2	18,2	18,3	18,4	18,5	18,4	18,5	18,5	18,5
BIP pro Kopf (EUR)	40.754	42.226	43.445	44.829	46.726	47.572	49.109	47.547	50.289
% an nationalem BIP pro Kopf	116,9	116,8	117,3	117,8	118,2	117,1	117,5	117,4	117,1
Bevölkerung (1.000)	12.562	12.648	12.768	12.887	12.964	13.077	13.125	13.140	13.177
Reales BIP-Wachstum, %	1,3	2,4	1,8	2,5	3,7	0,4	1,7	-4,3	3,0
Arbeitslosenquote, %	3,8	3,8	3,6	3,5	3,2	2,9	2,8	3,6	3,5

Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, Bundesfinanzministerium, Statistisches Bundesamt, Scope Ratings



Scope Ratings GmbH

Headquarters Berlin

Lennéstraße 5
D-10785 Berlin
Phone +49 30 27891 0

Oslo

Karenslyst allé 53
N-0279 Oslo
Phone +47 21 09 38 35

Frankfurt am Main

Neue Mainzer Straße 66-68
D-60311 Frankfurt am Main
Phone +49 69 66 77 389 0

Madrid

Paseo de la Castellana 141
E-28046 Madrid
Phone +34 91 572 67 11

Paris

10 avenue de Messine
FR-75008 Paris
Phone +33 6 6289 3512

Milan

Via Nino Bixio, 31
20129 Milano MI
Phone +39 02 30315 814

Scope Ratings UK Limited

London

52 Grosvenor Gardens
London SW1W 0AU
Phone +44 20 7824 5180

info@scoperatings.com
www.scoperatings.com

Conditions of use / exclusion of liability

© 2023 Scope SE & Co. KGaA and all its subsidiaries including Scope Ratings GmbH, Scope Ratings UK Limited, Scope Fund Analysis GmbH, Scope Investor Services GmbH, and Scope ESG Analysis GmbH (collectively, Scope). All rights reserved. The information and data supporting Scope's ratings, rating reports, rating opinions and related research and credit opinions originate from sources Scope considers to be reliable and accurate. Scope does not, however, independently verify the reliability and accuracy of the information and data. Scope's ratings, rating reports, rating opinions, or related research and credit opinions are provided 'as is' without any representation or warranty of any kind. In no circumstance shall Scope or its directors, officers, employees and other representatives be liable to any party for any direct, indirect, incidental or other damages, expenses of any kind, or losses arising from any use of Scope's ratings, rating reports, rating opinions, related research or credit opinions. Ratings and other related credit opinions issued by Scope are, and have to be viewed by any party as, opinions on relative credit risk and not a statement of fact or recommendation to purchase, hold or sell securities. Past performance does not necessarily predict future results. Any report issued by Scope is not a prospectus or similar document related to a debt security or issuing entity. Scope issues credit ratings and related research and opinions with the understanding and expectation that parties using them will assess independently the suitability of each security for investment or transaction purposes. Scope's credit ratings address relative credit risk, they do not address other risks such as market, liquidity, legal, or volatility. The information and data included herein is protected by copyright and other laws. To reproduce, transmit, transfer, disseminate, translate, resell, or store for subsequent use for any such purpose the information and data contained herein, contact Scope Ratings GmbH at Lennéstraße 5 D-10785 Berlin.